

Basta!

Nr. 2 / Mai 1997

Basels starke Alternative



Radikale Verkehrsberuhigung

Quartiere

Die Schaffung von autofreien Quartierkernen ist ein Schritt zu einer für alle BewohnerInnen angenehmeren Stadt.



Mit der städtischen Lebensqualität ist es in manchen Quartieren nicht besonders weit her: Tagtäglich braust uns der Pendler- und Transitverkehr um die Ohren. Lärm und Gestank beeinträchtigen die Wohnlichkeit. Autos und Lastwagen gefährden unsere täglichen Wege zu Fuss oder mit dem Velo.

Die Alternativen liegen auf der Hand: In die Agglomeration flüchten, auf bessere Lärmschutzwände und etwas Glück im täglichen Überlebenskampf auf der Strasse hoffen oder dafür sorgen, dass sich der motorisierte Verkehr zugunsten von umweltfreundlichen und sichereren Verkehrsmitteln verringert.

Während sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt seit dem Einsetzen von Immobilienkrise und Rezession zugunsten der MieterInnen entspannt hat, hat der motorisierte Verkehr in den letzten Jahren weiter zugenommen. So finden in Basel an einem normalen Werktag 290'000 Fahren von Autos und LKW's statt. Ein Viertel dieser Fahrten sind hausgemacht (Fahrten innerhalb der Stadt), der Grossteil des motorisierten Verkehrs wälzt sich aber aus den umliegenden Regionen nach Basel hinein und wieder hinaus.

Die staatliche Verkehrsplanung ist in den letzten Jahren nicht untätig geblieben. Augenfälligste Massnahme ist die Nordtangente, deren Grossbaustelle sich wie eine offene Wunde durch Teile des Kleinbasels zieht. Gemäss der offiziellen Doktrin sollen mit der Verlängerung der Stadtautobahn von der Wiese an die französische Grenze die Quartiere in Basel-Nord vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Die Erfahrungen mit andern Autobahnen haben aber gezeigt, dass grössere und schnellere Strassen noch mehr Verkehr anziehen, der auch die umliegenden Gebiete beeinträchtigt. Verhindern lässt sich die Nordtangente wohl nicht mehr. Es bleibt nur zu hoffen, dass wenigstens die Zahl der innerstädtischen Ausfahrten reduziert wird.

Verhältnismässig unscheinbar nehmen sich dagegen die Verkehrsberuhigungsmassnahmen des Baudepartements aus. In grossen Gebieten auf den kleineren Quartierstrassen Tempo 30 eingeführt worden, zum Teil unterstützt mit baulichen Massnahmen wie Schwellen, Aufpflasterungen oder versetzter Parkierung. So begrüssenswert diese Massnahmen in ihrer Grossflächigkeit auch sind, zu einer Reduktion und Bremsung des motorisierten Verkehrs haben sie nur sehr beschränkt beigetragen.

Fortsetzung nächste Seite

Mutanten an
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel



Licht aus?

Können wir in Basel die Genschutz-Initiative unterstützen?



Die wirtschaftliche Zukunft Basels ist die Gentechnologie. Novartis und Roche investieren Milliarden in diesen Sektor. Nun will die Genschutz-Initiative der Entwicklung der Gentechnologie Schranken setzen. Und schon schwirrt das Schreckgespenst der ausziehenden Chemie wieder durch die Stadt. Die Diskussion ist seit längerem lanciert und wird von einer einmaligen Kampagne der Chemie dominiert: Noch nie wurde in der Schweiz - so früh - so viel Geld in einen Abstimmungskampf investiert.

Basta! hat sich an seiner April-Mitgliederversammlung eingehend mit Vor- und Nachteilen der Genschutz-Initiative auseinandergesetzt. Nach einer spannenden Diskussion ergab sich in einer konsultativen Befragung ein eindeutiges Bild: Basta! wird sich hinter die Genschutz-Initiative stellen.

In Basel bedeutet eine gentechnologiekritische Politik, in Kauf zu nehmen, dass die Chemie für die Stadt nicht mehr ungehindert die bisher zentrale

Fortsetzung nächste Seite

Im Grossen Rat:

Unsere dreizehnköpfige Fraktion "Grüne + BastA!" hat am 22.3. ein Hearing zur Sozial-, Finanz- und Steuerpolitik sowie zur Stadtentwicklung durchgeführt. Wir wollen die Regierung nun mit zwei Motionen dazu verpflichten, gesetzliche Grundlagen zu erarbeiten, die eine bessere Verteilung der Arbeit und eine Ausweitung der kantonalen Beihilfe auf alle ermöglichen, die zu wenig Einkommen haben, bereits heute Sozialhilfe beziehen, Betreuungsarbeiten verrichten und eine Aus- oder Weiterbildung besuchen. Eine Motion betreffend Verbilligung der Krankenkassen-Prämien kam bereits gemeinsam mit den Fraktionen der SP und Gewerkschaften, der Frauenliste, der DSP und der VEW zustande.

Im April befasste sich der Grosse Rat mit der Totalrevision der Kantonsverfassung. Ein Zufallsmehr hätte dazu führen können, das Geschäft vom Tisch zu wischen. Schliesslich wurde ein Kompromissvorschlag unserer Fraktion angenommen. Er sieht eine Prospektivkommission vor, die eine geeignetere Entscheidungsgrundlage ausarbeiten soll.

Im Mai wird ein von uns vorgelegter Anzug überwiesen, der erfreulicherweise von allen andern Fraktionen mitunterzeichnet wurde. Er bezieht sich auf den ZionistInnen-Kongress und verlangt eine Unterstützung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses, der durch den Regierungswechsel in Israel ins Stocken geraten ist. Basel-Stadt soll die wirtschaftliche Aufbauarbeit in den ärmsten Gebieten unterstützen und darauf hinwirken, dass an den Veranstaltungen, die im August stattfinden, Persönlichkeiten zu Wort kommen, die sich auf beiden Konfliktseiten für eine Verständigung einsetzen.

Unterschiedlich wird in der Fraktion die Motion der Frauenliste beurteilt, die eine Gewaltsteuer für Männer einführen will.

Gefreut hat mich ein Brief vom Baudepartement. Die Regierungsrätin Barbara Schneider berichtet darin von weiteren Abklärungen, die sie zu der bereits behandelten Interpellation zum Schulhausbau an der Mülhauserstrasse gemacht hat. Sie bestätigt, dass für die Schulzimmer nun mehr Platz zur Verfügung steht. Unsere Interpellation ist auf Anregung der Gewerkschaft Erziehung und des Komitees für ein wohnliches St. Johann zustande gekommen.

Wer weitere Anliegen oder Hinweise hat, melde sich bitte bei mir, einem andern Fraktionsmitglied oder dem Sekretariat.

Ueli Mäder



Fortsetzung von Seite 1

gen. Zum Teil hat sich paradoxerweise die Gefahr für die FussgängerInnen sogar erhöht, da sich diese angesichts der Tempolimiten sicherer fühlen und da an manchen Orten mit Tempo 30 Fussgängerstreifen entfernt wurden. In vielen Quartieren haben sich Schleichwege etabliert, auf denen PendlerInnen versuchen, abseits der verstopften Hauptstrassen ein paar Minuten Zeit zu gewinnen.

Warum nun dieses Gejammer über die Probleme in den Quartierstrassen, wo doch die AnwohnerInnen von Hauptachsen wie der Feldbergstrasse oder dem Wasgenring permanenten Blechlawinen ausgesetzt sind? Leider haben in jüngster Vergangenheit flächendeckende Verkehrsberuhigungsansätze wie die Initiative 'Basel ohne Auto' an der Urne keine Chance gehabt. Gleichzeitig zeigt sich immer klarer, dass sich die AutofahrerInnen nur dann zum Umsteigen auf andere Verkehrsmittel oder zu einer Reduktion ihrer Fahrten bewegen lassen, wenn der Preis - ausgedrückt in Fahrzeit und nervtötendem Warten im Stau - zu hoch wird.

Fortsetzung von Seite 1

Rolle spielt. Die Bedeutung der Chemie ist für Basel am erodieren, wie auch immer sich die Politik verhält. Arbeitsplätze verschwinden, Gentechnologie hin oder her. Die chemischen Multis agieren schon lange auf dem globalen Parkett und spielen mit den lokalen und nationalen Institutionen, wie sie wollen.

Die verschiedensten Anwendungen der Gentechnologie werden global vorangetrieben. In Erwartung auf neue Entwicklungen werden gigantische Summen in die Forschung investiert. Die Hoffnungen sind enorm, Florianne Koechlin spricht gar von einer "Goldgräberstimmung." Doch für die mittelfristige Entwicklung dieser neuen Technolo-

Um die Wohnquartiere von Lärm, Luftbelastung und Gefahrenquellen zu befreien, ist es notwendig, den Ziel- und Quellverkehr zu verlangsamen und den Durchgangsverkehr aus den Quartieren hinauszudrängen. So können gleichzeitig neue Freiräume für Kinderspiel, Erholung und Begegnung geschaffen werden.

"PendlerInnen versuchen, abseits der verstopften Hauptstrassen ein paar Minuten Zeit zu gewinnen."

Dass mit einer solchen Politik die Hauptstrassen und deren AnwohnerInnen zunächst stärker belastet werden, sei nicht verschwiegen. Aber wir wollen nicht bei den netten kleinen Wohnstrassen aufhören, sondern von verkehrsfreien Quartierkernen zu verkehrsberuhigten Hauptstrassen weitergehen. Der Verkehr soll so verlangsamt und unterbunden werden, dass es den AutofahrerInnen stinkt und sie das Auto das nächste Mal zu Hause oder am Stadtrand stehen lassen.

Wie mit verkehrsfreien Quartierplätzen Schleichwege blockiert werden, wie neue Begegnungsorte und Lebensqualitäten entstehen können, wie gleichzeitig sogar die Quartierdemokratie gefördert werden könnte, ist an der BastA!-Veranstaltung vom Di. 27. Mai zu erfahren.

Peter Würmli

gie gibt es keine erhärtete Fakten - weder für Nutzen noch Risiken. Wir werden also auf ganz grundlegende Reflexe zurückgeworfen. Glauben wir an den Segen dieses technologischen Fortschrittes, oder misstrauen wir Ihm? So wird die



Diskussion "fundamentalistisch" - auf beiden Seiten. BastA! hat sich jetzt auf die technologiekritische Seite geschlagen - im Wissen um den Preis.

Martin Engel

Am Krieg verdienen?

Abstimmung

In fast jedem Konflikt mischen Schweizer Waffen mit:

Warum BastA! die Initiative "für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr" unterstützt.



Am 8. Juni kommt die Volksinitiative „Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr“ zur Abstimmung. Die 1991 durch SP, Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) und Christlichen Friedensdienst (cfd) lanciert wurde, erfährt eine breite Unterstützung. Die Initiative verfolgt im wesentlichen drei Ziele:

- Sie fordert vom Bund die Förderung und Unterstützung internationaler Bestrebungen zur Eindämmung des Kriegsmaterialhandels und zur Rüstungsbeschränkung zugunsten sozialer Entwicklung.

- Die Volksinitiative will den Export von Kriegsmaterial grundsätzlich verbieten. Kriegsmateriallieferungen tragen zur Destabilisierung der Importregionen bei und fördern die Militarisierung von Konflikten. Sie vermindern die Chancen auf politische Konfliktregelung und schüren regionale Rüstungswettläufe. Der Preis, den die Menschheit für den Handel mit Kriegsmaterial täglich bezahlt, steht in keinem Verhältnis zum vermeintlichen Nutzen. Zudem zeigen die Erfahrungen, dass im Krisenfall eine

„Weltweit gibt es über hundert Länder die ohne Waffenexporte bestens auskommen.“

Embargopolitik immer zu spät kommt. Geliefert ist dann geliefert.

- Die Volksinitiative will den Export von Dual-use-Gütern nur erlauben, wenn der zivile Nutzung garantiert ist.

Schon 1972 bekam die Waffenlobby einen gehörigen Schock: Die erste Initiative zum Verbot der Waffenausfuhr erhielt eine Zustimmung von 49,7%. Sie

stand im Nachgang zum Bührle-Waffenausfuhr-Skandal, als Rotkreuzflüge mit Hilfsgütern für Biafra von Bührle-Kanonen beschossen

wurden. Der Waffenexport wurde zu Zeiten des Kalten Kriegs als tragende Säule der Landesverteidigung dargestellt. Was damals knapp verfehlt wurde, sollte heute eigentlich gelingen. Ein Gegner für die Schweizer Armee ist weit und breit nicht in Sicht und der Export von Kriegsmaterial ist keine Notwendigkeit für deren Überleben. Weltweit gibt es über hundert Länder die ohne Waffenexport bestens auskommen.

Die GegnerInnen der Initiative stellen in ihrer Kampagne den Erhalt von Arbeitsplätzen in den Vordergrund. Real sind drei Unternehmungen von der Initiative betroffen: Die Pilatus-Werke, Oerlikon-Contrares und Mowag. Doch es sind nicht mehr viele ArbeitnehmerIn-

nen, die ihr Auskommen in dieser Branche verdienen. Der Anteil der Waffenausfuhr am Total der Schweizer Exporte betrug 1996 lediglich 0.23 Prozent! Von einer durchschnittlichen Produktivität ausgehend, sind somit ein- bis zweitausend Arbeitsplätze von dieser Volksinitiative betroffen. Demgegenüber hat die Schweizer Rüstungsindustrie in den letzten Jahren Arbeitsplätze in sehr viel grösserem Ausmass bereits abgebaut. Denn der Weltrüstungsmarkt hat sich nach dem Zusammenbruch des Ost-West-Konfliktes mehr als halbiert.

Seit Jahren versuchen ARW und die betroffenen Gewerkschaften einer aktiven Konversionspolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Die Verantwortung dafür, dass die Rüstungsindustrie nicht rechtzeitig auf zivile Güter umgestellt hat, tragen also ihre Manager selbst.

Das bestehende Kriegsmaterialgesetz wurde als Gegenvorschlag zur Initiative überarbeitet. Die Revision ist aus unserer Sicht gründlich misslungen. Der Verband Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM) konnte seine Interessen durchsetzen: Der Export in Länder, in denen die Menschenrechte bedroht sind, bleibt erlaubt. Als Alternative bleibt nur noch die Waffenausfuhrverbotsinitiative.

René Etter

Fichen

Gesinnungsschnüffelei legalisieren?

„F. schrieb einen Artikel in der Volksstimme, betr. Waffenausfuhrverbot. Er befürwortet ein Verbot.“ Dieser Eintrag, datiert vom 25.8.72, steht ganz am Anfang meiner Fiche. Ich war zu jenem Zeitpunkt 19 Jahre alt. Alles kalter Kaffee? Mitnichten! Den aktuellsten Eintrag kenne ich zwar nicht, aber er könnte beispielsweise lauten: „F. macht sich stark für das Referendum gegen das neue Staatsschutzgesetz.“ Datum: April 1997.

Nach dem Fichenskandal von 1989, der eine breite Protestbewegung auslöste, hofften vermutlich viele Menschen, dass nun ein Schlussstrich unter dieses unrühmliche Kapitel der Schweizergeschichte gezogen werde. Um solche Hoffnungen sehen sie sich jetzt betrogen. Das neue Staatsschutzgesetz setzt der Schnüffelmutter der Staatsschützer keine Grenzen. Dieses Gesetz legalisiert nicht nur die Gesinnungsschnüffelei und das Sammeln von Daten auf Vorrat, sondern schafft auch gleich noch das 1989/90

durchgesetzte Akten-einsichtsrecht ab. Es fördert nicht nur das private Denunziantentum, sondern erlaubt auch ausdrücklich den „kleinen Lauschan-griff“, d.h. das Aufzeichnen privater Gespräche mittels Mikrofonen und Videokameras. Selbst Daten über Gesundheit, Sexualität und rassische Herkunft dürfen gesammelt, bearbeitet und weitergegeben werden. Und das alles kann präventiv geschehen, ohne einen konkreten Verdacht auf eine strafbare Handlung. Gründe genug, diesem einer Demokratie unwürdigen Gesetz eine Abfuhr zu erteilen.

BastA! unterstützt zusammen mit vielen anderen das Referendum ge-



gen das neue Staatsschutzgesetz. Doch mit Absichtserklärungen allein ist es jetzt nicht getan. Die Referendumsfrist läuft. Gefragt sind engagierte Menschen, die Unterschriften sammeln. Kontakt: BastA!-Sekretariat, Tel./Fax 691 16 31.

Martin Flüchiger

Öffentliche
BastA!
Mitgliederversammlung:

Radikale Verkehrsberuhigung

Dienstag 27. Mai
19.30 Uhr
Gewerkschaftshaus
Rebgasse 1

Die Wohnqualität in den Quartieren verbessern:

Eine BastA!-Arbeitsgruppe entwickelt ein Gesamtkonzept. Ein erster Schritt dazu ist eine radikale Verkehrsberuhigung mit der gleichzeitigen Schaffung neuer Begegnungsflächen.

Wir präsentieren und diskutieren konkrete Projektideen für die Quartiere und sammeln weitere Anregungen.

- ☐ Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- ☐ Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- ☐ Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr.
- (Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute ohne Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- ☐ Ich unterstütze BastA! als GönnerIn, schickt mir Einzahlungsscheine.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Wenig durchdachte Strukturreform

Schulen

BastA! wehrt sich gegen Umstrukturierungen unter rein administrativen und finanziellen Gesichtspunkten.

In Basel-Stadt stehen zur Zeit umfangreiche Reorganisationen in den Bereichen Kleinklassen, IV-Klassen und Jugenddienste zur Diskussion. Dabei werden unter anderen folgende Massnahmen in Erwägung gezogen:

- Aufhebung des Rektorats Kleinklassen und Unterstellung der Kleinklassen unter die Rektorate der Regelschulen,
- Unterstellung der IV-Klassen unter das sogenannte Ressort Dienste statt wie bisher unter die Schulen,
- Unterstellung des gesamten Bereichs der schulischen Dienste des Erziehungsdepartements (z.Bsp. Schulpsychologischer Dienst, Logopädischer- und Sozialpädagogischer Dienst, Schulheime, Tagesheime etc.) unter das Justizdepartement.

Es ist unklar, welche dieser Massnahmen bereits beschlossene Sache sind. Die Vorbereitungsarbeiten fanden grösstenteils unter dem Siegel grosser Verschwiegenheit statt. Die betroffenen HeilpädagogInnen wurden in den Meinungsbildungsprozess bisher nicht einbezogen, obwohl dies mindestens im schulischen Bereich gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

BastA! nimmt zu diesen Bestrebungen wie folgt Stellung: Es geht nicht

an, dass derartigen Umstrukturierungen allein unter administrativen und finanziellen Gesichtspunkten (siehe Analyse des Betriebswirtschaftler Füeg) vorgenommen werden. Gerade in den Bereichen Behindertenpädagogik, Heilpädagogik, Kleinklassen und schulische

Dienste haben erzieherische Gesichtspunkte im Vordergrund zu stehen.

Wir fordern daher die Regierung auf,

- auf die Aufhebung des

Rektorats Kleinklassen zu verzichten, damit die heilpädagogischen Interessen an unseren Schulen weiterhin optimal und vorbildlich wahrgenommen werden können.

- die IV-Klassen weiterhin dem Ressort Schulen unterstellt zu lassen. Eine Aussonderung behinderter Kinder weg von den Schulen kann nicht in Frage kommen.

- auf die Übertragung der schulischen Dienste ans Justizdepartement zu verzichten. Schulische Dienste sind keine Angelegenheit der Justiz. Ihre administrative Nähe zu den Schulen ist unabdingbar.

Allfällige Umstrukturierungen sind unter Einbezug der betroffenen Fachleute und deren fachlichem Know-how gemeinsam zu erarbeiten.

BastA!-Medienmitteilung, 9. April 97

„Schulische Dienste sind keine Angelegenheit der Justiz“

Veranstaltungen

Di. 27. Mai

Öffentliche BastA!-Mitgliederversammlung:
„Radikale Verkehrsberuhigung“
Wir präsentieren und diskutieren konkrete Projektideen für die Quartiere St. Johann, Gundeli, Hegenheimer und Matthäus.
• 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Rebgeasse 1

Mo. 9. Juni

BastA!-Jahresversammlung mit Nachtessen
• 19 Uhr, Rössli-Beiz, Kaserne, Klybeckstr.1

Fr. 20. - So. 22. Juni

Vostra Festa und Flüchtlingstag 97 mit erweitertem kulinarischem, kulturellen und politischen Angebot
• Kasernenareal

Impressum: Nr. 2/Mai 1997. Herausgeber: BastA!, Basels starke Alternative, Rebgeasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich. Abo: Fr. 20.-. Redaktion: Martin Engel, Druck: Rumzeis Basel